

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995

Ausgegeben am 24. November 1995

256. Stück

- 764. Kundmachung:** Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen
- 765. Kundmachung:** Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Übertragung der Strafverfolgung
- 766. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen
- 767. Kundmachung:** Widerruf der Vereinbarung zwischen dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 ADR betreffend die Freistellung von Stalldünger (Stoff der Klasse 6.2, Ziffer 9) von den Transportvorschriften
- 768. Kundmachung:** Widerruf der Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland nach Rn. 2010 und 10 602 ADR betreffend die Freistellung von Stalldünger (Stoff der Klasse 6.2, Ziffer 9) von den Transportvorschriften
- 769. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen**
(NR: GP XIX RV 37 AB 104 S. 20. BR: AB 4982 S. 596.)

764. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat die Ukraine am 28. September 1995 ihre Beitrittsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen (BGBl. Nr. 248/1980, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 310/1995) hinterlegt.

Vranitzky

765. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Übertragung der Strafverfolgung

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat die Ukraine am 28. September 1995 ihre Beitrittsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Übertragung der Strafverfolgung (BGBl. Nr. 250/1980, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 407/1994) hinterlegt.

Vranitzky

766. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat die Ukraine am 28. September 1995 ihre Beitrittsurkunde zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen (BGBl. Nr. 524/1986, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 647/1995) hinterlegt.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat die Slowakei am 3. Oktober 1995 im Sinne dieses Übereinkommens erklärt, daß sie als ihren „Staatsangehörigen“ gem. Art. 3 Abs. 1 lit. a auch

jede staatenlose Person oder einen Staatsangehörigen eines anderen Staates erachten wird, wenn solche Personen ihren ständigen Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik haben.

Vranitzky

767. Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Widerruf der Vereinbarung zwischen dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 ADR betreffend die Freistellung von Stalldünger (Stoff der Klasse 6.2, Ziffer 9) von den Transportvorschriften

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Die Vereinbarung zwischen dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 ADR betreffend die Freistellung von Stalldünger (Stoff der Klasse 6.2, Ziffer 9) von den Transportvorschriften (BGBl. Nr. 16/1984) ist auf Grund der mit 1. Jänner 1995 in Kraft getretenen Änderungen der Anlagen A und B zum Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) *) obsolet und nach Herstellung des beiderseitigen Einvernehmens mit diesem Tag widerrufen worden.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 357/1995

Klima

768. Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Widerruf der Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland nach Rn. 2010 und 10 602 ADR betreffend die Freistellung von Stalldünger (Stoff der Klasse 6.2, Ziffer 9) von den Transportvorschriften

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland nach Rn. 2010 und 10 602 ADR betreffend die Freistellung von Stalldünger (Stoff der Klasse 6.2, Ziffer 9) von den Transportvorschriften (BGBl. Nr. 17/1984) ist auf Grund der mit 1. Jänner 1995 in Kraft getretenen Änderungen der Anlagen A und B zum Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) *) obsolet und nach Herstellung des beiderseitigen Einvernehmens mit diesem Tag widerrufen worden.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 357/1995

Klima

769.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen

Die Republik Österreich und die Republik Moldova, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind – vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,

- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
 - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
 - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,
- wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Moldova behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen; Niederlassungen und Handelsvertretungen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung, Normen- und Richtlinienwesen, industrielle Dienstleistungen,
- Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forsttechnik, landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen,
- Agro- und Lebensmittelindustrie; Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte einschließlich Verpackungsindustrie,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien einschließlich Rüstungskonversion,
- Leichtindustrie; Textilindustrie einschließlich Bekleidungsindustrie, Schuh- und Lederindustrie,
- Holzbe- und -verarbeitende Industrie, Papier- und Zelluloseindustrie,
- Haushaltstechnik und elektrische Geräte,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- Metallurgie und metallverarbeitende Industrie,
- chemische Industrie einschließlich Erzeugung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, Produktion und Vermarktung von Chemikalien,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Vermarktung von mineralischen Rohstoffen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Transport und Vermarktung von Energieträgern,
- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerks- und Hochspannungsleitungsnetzes sowie der Erdgas- und Erdölleitungsnetze; Energielieferungen,
- Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz,
- Bauindustrie; Herstellung von Baumaterialien einschließlich Ausrüstungen,

- Gesundheitswesen, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- finanzielle und Bankdienstleistungen,
- Berufsausbildung und Managementschulung,
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Symposien, Konferenzen, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen, Publikationen, Lizenzen, Patenten ua.,
- Zusammenarbeit auf Drittmärkten.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen

- Energie,
- Telekommunikation,
- Straßenbau,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Transportwesen,
- Eisenbahn,
- Luftfahrt,
- Schifffahrt,
- Hafenwirtschaft,
- Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, technische, technisch-wissenschaftliche und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus bedacht sein.

Artikel 6

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Abschluß eines „Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen“ zur Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen der Unternehmen beider Staaten besonders beitragen könnte.

Artikel 7

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 8

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche *).

Artikel 12

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Moldova einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Erörterung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Förderung und Entwicklung der zukünftigen außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Erstellung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Anwendung dieses Abkommens.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 200/1961

Artikel 14

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

Geschehen zu Wien, am 18. März 1993, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Moldova:

Andrej Cheptine

A C O R D

ÎNTRE REPUBLICA AUSTRIA ȘI REPUBLICA MOLDOVA
PRIVIND RELAȚIILE ECONOMICE EXTERNE BILATERALE

Republica Austria și Republica Moldova, denumite în continuare
"Părți Contractante"

- animate de dorința de a consolida relațiile economice externe bilaterale,
- năzuind să promoveze schimburile de mărfuri și cooperarea economică, industrială, tehnică și tehnico-științifică pe baza egalității și avantajului reciproc,
- fiind convinse că prezentul Acord creează premise favorabile și o bază adecvată pentru dezvoltarea în continuare a relațiilor economice externe bilaterale,
- pornind de la principiile economiei de piață,
- în cadrul prevederilor legale în vigoare în cele două state,

au convenit următoarele:

A r t i c o l u l 1

Părțile Contractante vor facilita și promova, în cadrul prevederilor lor legale în vigoare, relațiile economice externe bilaterale între întreprinderile, organizațiile, societățile și instituțiile din cele două state, denumite în continuare "întreprinderi"

A r t i c o l u l 2

- (1) Republica Austria și Republica Moldova își acorda reciproc clauza națiunii celei mai favorizate în privința tarifelor vamale și a altor taxe, precum și a procedurii de percepere a unor asemenea tarife și taxe, care vor fi percepute cu ocazia importului sau exportului de mărfuri.
- (2) Părțile Contractante convin că clauza națiunii celei mai favorizate nu se referă în special la concesiile, avantajele și exceptările pe care una din Părțile Contractante le acordă sau le va acorda:
 - a) statelor vecine pentru facilitarea traficului de frontieră,
 - b) statelor care participă, împreună cu ea, la o uniune vamală sau la o zonă de comerț liber sau preferențial, care există deja sau care va fi creată în viitor,
 - c) statelor terțe, ca urmare aplicării convențiilor multilaterale, la care cealaltă parte nu participă.

- 3 -

A r t i c o l u l 3

- (1) În cadrul posibilităților lor, conform prevederilor în vigoare în statul respectiv, Părțile Contractante vor promova cooperarea în domeniile economic, industrial, tehnic și tehnico-științific.
- (2) Părțile Contractante convin că în următoarele domenii există posibilități deosebite de cooperare:
- constituirea de întreprinderi mixte și efectuarea de investiții directe, constituirea de filiale și a reprezentanțelor comerciale,
 - transferul de tehnologii și de know-how, cercetare aplicată, standardizare și acordarea de servicii industriale,
 - agricultura și silvicultura, tehnica agricolă și silvică, mașini și utilaje agricole,
 - agroindustria și industria alimentară, prelucrarea și înmagazinarea produselor agricole, inclusiv industria de ambalaj,
 - reconstruirea, modernizarea, extinderea, automatizarea industriei și utilajului, inclusiv conversiunea industriei militare,
 - industria ușoară, textilă, de confecții, de tricotaje, de încălțăminte și pielărie,
 - industria de prelucrare a lemnului, a hîrtiei și celulozei,
 - tehnica de uz casnic și aparate electrice,
 - industria electronică și electrotehnică,

/4

- 4 -

- industria metalurgică și prelucrătoare de metale,
 - industria chimică, inclusiv producția îngrășămintelor minerale și a mijloacelor de protejare a plantelor, precum și producția și comercializarea produselor chimice,
 - explorarea, exploatarea, prelucrarea și comercializarea materiilor prime minerale inclusiv colaborarea pe tierțe piețe,
 - explorarea, exploatarea, prelucrarea, transportarea și comercializarea a factorilor de energie,
 - extinderea și reconstruirea centralelor electrice, rețelilor de înaltă tensiune, a instalațiilor de gaz natural și țiței, precum și furnizarea de energie,
 - protecția mediului înconjurător, a naturii și a specificului regional,
 - industria de construcție, producția materialelor de construcție, inclusiv de utilaje,
 - ocrotirea sănătății, industria medicinală și farmaceutică,
 - prestări de servicii financiare și bancare,
 - pregătirea profesională și școlarizarea managerială,
 - organizarea și desfășurarea de târguri, expoziții, seminarii, simpozioane, conferințe, schimburi de delegații economice și experți,
 - schimbul de informații cu caracter juridic, economic, statistic, de documentații, de publicații, de licențe, brevete etc.
 - colaborarea pe piețe terțe.
- (3) Proiectele trebuie să se realizeze din principiu în toate domeniile de colaborare conform celor mai înalte standarde ale tehnologiilor de protecție a mediului înconjurător.

- 5 -

A r t i c o l u l 4

Reieşind din necesitatea creării unor sisteme de infrastructură economic avantajoase şi ecologic sigure, Părţile Contractante au convenit să acorde o atenţie deosebită colaborării în următoarele domenii.

- energie,
- telecomunicaţii,
- construcţia de drumuri,
- reciclarea şi valorificarea deşeurilor,
- transport,
- comunicaţii feroviare,
- comunicaţii aere,
- navigaţie,
- gospodăria portuară,
- gospodăria apelor.

A r t i c o l u l 5

Părţile Contractante sînt de acord că turismul poate contribui în mod substanţial la aprofundarea relaţiilor economice externe bilaterale.

- (1) În cadrul prevederilor legale în vigoare ale statelor lor şi pe baza recomandărilor Conferinţei Naţiunilor Unite referitoare la turism şi călătorii internaţionale, Roma 1963, şi a "Cartei turismului şi codului turistului", Sofia 1955, ambele Părţi Contractante vor contribui la dezvoltarea turismului.

- (2) Cooperarea economică, industrială, tehnică, tehnico-științifică și profesională în realizarea proiectelor de turism precum și în extinderea infrastructurii corespunzătoare trebuie să se efectueze în baza principiilor ocrotirii mediului înconjurător și să fie orientată spre calitatea turismului.

A r t i c o l u l 6

Părțile Contractante sînt de părere comună că încheierea "Acordului între Republica Austria și Republica Moldova privind stimularea și protecția reciprocă a investițiilor" ar putea să contribuie considerabil la intensificarea relațiilor de economie externă între întreprinderile din ambelor state.

A r t i c o l u l 7

Plățile între Republica Austria și Republica Moldova se efectuează în valută liber convertibilă, în concordanța cu prevederile legale în vigoare ale fiecărui din cele două state.

A r t i c o l u l 8

- (1) Schimbul de mărfuri și cooperarea economică, industrială, tehnică și tehnico-științifică din cadrul acestui acord se efectuează pe baza comercială.

- 7 -

- (2) Comerțul dintre întreprinderile din cele două state se realizează la prețuri conform pieței.

A r t i c o l u l 9

- (1) Părțile Contractante inițiază consultări, de îndată ce, în comerțul dintre cele două Părți Contractante o marfă este importată în astfel de cantități sau la asemenea prețuri sau la astfel de condiții, încît cauzează sau amentință să cauzeze producătorilor interni ai mărfurilor similare sau nemijlocit concurente un prejudiciu considerabil.
- (2) Dacă pe parcursul consultărilor Părțile Contractante stabilesc de comun acord că există o situație din cele menționate în paragraful 1, exporturile vor fi limitate sau vor fi luate alte măsuri pentru a preveni sau a înlătura prejudiciul.
- (3) Dacă Părțile Contractante nu ajung la consens, Partea Contractantă care a solicitat consultările este liberă să limiteze importurile mărfii respective în măsura și pe durata necesară pentru prevenirea sau înlăturarea prejudiciului. În acest caz, cealaltă Parte Contractantă este în drept să deroge de la obligațiunile sale față de prima Parte Contractantă într-un volum comercial aproximativ echivalent.
- (4) În cazurile în care o amănare ar cauza un prejudiciu considerabil, măsurile temporare pot fi adoptate fără consultări prealabile. În acest caz, acea Parte Con-

tractantă care a adoptat măsurile prealabile, aduce aceasta la cunoștința celeilalte Părți Contractante imediat și în scris. După aceea trebuie inițiate imediat consultările.

- (5) În alegerea măsurilor în conformitate cu prevederile acestui articol Părțile Contractante vor prefera măsurile, care ar prejudicia cel mai puțin funcționarea în continuare a acestui Acord.

A r t i c o l u l 10

Părțile Contractante recunosc utilitatea și necesitatea unei mai intense participări a întreprinderilor mici și mijlocii la relațiile economice externe bilaterale.

A r t i c o l u l 11

- (1) Părțile Contractante recomandă întreprinderilor soluționarea diferendelor în primul rând pe cale amiabilă de comun acord.
- (2) În cadrul prevederilor legale în vigoare în cele două state și pe baza convențiilor contractuale dintre întreprinderi, Părțile Contractante promovează:
- a) soluționarea diferendelor dintre întreprinderi în legătură cu operațiunile comerciale și de cooperare, precum și a celor în legătură cu constituirea de întreprinderi comune și investiții directe ale Părților Contractante prin instanțe de arbitraj.

- 9 -

- b) aplicarea regulilor de arbitraj elaborate de către Comisia Națiunilor Unite pentru Dreptul Comercial Internațional (UNCITRAL) și recurgerea la o instanță de arbitraj a unui stat semnatar al Convenției privind recunoașterea și executarea deciziilor arbitrale străine, încheiată la New York în 1958.

A r t i c o l u l 12

Obligațiile juridice asumate de întreprinderile din ambele state în timpul valabilității prezentului Acord rămân neatinse după expirarea termenului de valabilitate sau după modificarea prezentului Acord.

A r t i c o l u l 13

- (1) Prin prezentul Acord se constituie "Comisia Mixta", care se va întruni la cererea uneia dintre Părțile Contractante, alternativ, în Austria și Moldova.
- (2) Printre principalele sarcini ale acestei Comisii Mixte sînt de menționat în special.

a) analiza relațiilor economice externe bilaterale,

b) prezentarea de noi posibilități de promovare și dezvoltare a cooperării economice viitoare,

- c) întocmirea de propuneri pentru îmbunătățirea condițiilor de colaborare economică, industrială, tehnică și tehnico-științifică dintre întreprinderile celor două state,
- d) prezentarea de recomandări în vederea aplicării prezentului Acord.

A r t i c o l u l 14

- (1) Odată cu intrarea în vigoare a participării uneia dintre Părțile Contractante sau a ambelor Părți Contractante la Spațiul Economic European (SEE) sau a aderării la Comunitățile Europene (CE) sau la o organizație consecutivă a acestora, Părțile Contractante nu sînt constrînse de acest Acord, decît în măsura în care acest lucru este incompatibil cu situația juridică rezultată din aceasta.
- (2) În acest caz Părțile Contractante vor defini în comun prevederile valabile în continuare ale prezentului Acord.

A r t i c o l u l 15

- (1) Prezentul Acord se încheie pe o durată de un an și se prelungește de fiecare dată încă pentru un an, dacă nu a fost denunțat în scris, pe cale diplomatică, de către una dintre Părțile Contractante cu trei luni înainte de expirarea termenului său de valabilitate.

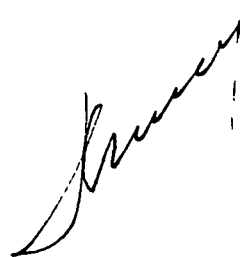
- (2) Prezentul Acord intră în vigoare în prima zi a celei de-a treia luni, care urmează lunii în care Părțile Contractante și-au comunicat reciproc că au fost îndeplinite cerințele lor interne pentru intrarea în vigoare a acestui Acord.

Încheiat la *Viena*, la dată de *18. 3. 1993* în două exemplare originale, fiecare în limba română și germană, ambele texte fiind egal autentice.

PENTRU
REPUBLICA AUSTRIA



PENTRU
REPUBLICA MOLDOVA



Die Notifikationen gemäß Art. 15 Abs. 2 des Abkommens wurden am 21. Juli 1994 bzw. 12. Juli 1995 vorgenommen; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 15 Abs. 2 mit 1. Oktober 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky